

Leipziger Tageblatt

und
Handels-Zeitung

Bezugspreis einschl. Bilden u. Durch die Post in Deutschland 25 Pfennig, außer Ausland 5 Mark, einschl. Porto. **Geschäftsräume** in Leipzig, Berlin, Chemnitz, Dresden, Görlitz, Halle, Magdeburg, Riesa, Schwerin, Stettin, Torgau, Wittenberg, Zwickau. **Schreinerei** Johannisgasse 8 (Bermüller, Erbsberger, Sammel-Nr. 70811). **Hausnummer** 17089-17092; ebenso u. in allen Villen-Mietshäusern und Gewerbeimmobilien-Hausnummern: auch nimmt jedes Postamt Belehrungen an.

Nr. 315 Leipziger Zeitung: Johannisgasse 8 (Bermüller 70811). Vermögen: 21 (Bermüller, Bonhoff 3600-3663)

Freitag, den 28. November 1924

Treubner'sche Druckerei und Verlagsanstalt: Berliner Straße 35 (Bermüller 7117). 118. Jahrgang.

24 Parteien!

27. November.

Die Veröffentlichung der Reichswahlvorschläge hat uns die Existenz von nicht weniger als 24 oder, genau genommen, sogar 25 Parteien enthüllt, deren Mehrzahl bisher gänzlich unbekannt war und ohne Zweifel auch wieder spurlos verschwinden wird, sobald die Wahlen vorüber sind. Man hat es also mit einer Menge von reinen Gelegenheitsparteien zu tun, d.h. von irgendwelchen Personen oder Gruppen von Personen, die sich selber keine ernstlichen Hoffnungen auf ein Reichstagmandat machen, sondern die Wahlen nur dazu benützen wollen, um die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Ihr Beweggrund ist in einzelnen Fällen lediglich eine dem Psychiater bekannte Sucht, vor der Offenheitlichkeit zu paradiere. Das trifft ohne Zweifel auf solche Kandidaturen zu, wie die des Baumeister, der jetzt in der Person eines gewissen Stark eine womöglich noch stärkeren Konkurrenz bekommen hat. Die Aufforderungen dieser beiden Personen lassen keinen Zweifel darüber, daß es sich um Scherze handelt, die nur von gänzlich Urtiefloren ernst genommen werden können. Es ist ohne Frage eine Lücke des Gesetzes, daß sich dergleichen Personen unter dem Namen von Parteien der Wählerschaft aufdrängen dürfen, die durch sie in gewissem Maße parodiert und verhöhnt wird. Nicht ganz so traurig, aber nicht weniger unangebracht ist eine Reihe anderer angeblicher Parteidellungen, die auf der Wahlkarte figurieren, obwohl in Wirklichkeit nur ein paar Eigentümlichkeiten dahinter stehen, die aus dem großen Komplex des Staatslebens entgegen Einzelheiten herausgegriffen und zum Verwund zur Einreichung einer Kandidatenliste gemacht haben.

All diesen Vielzuvielen gemeinsam ist die vollständig falsche Vorstellung, die sie sich von dem Zweck der Parlamentswahlen machen und mit der sie eine mehr oder weniger große Anzahl von Wählern angesteuert hoffen. Es ist die Wahnlücke, daß die Reichstagswahlen dazu da seien, die Meinungen, Gefühle oder Interessen gewisser Leute in bezug auf irgendwelche Einzelfragen des Staatswesens fundzutun. Man braucht urteilsfähigen Wählern kaum zu predigen, daß ihre Aufgabe eine völlig andere, bei weitem höhere ist. Richtig ganz einfach die, dem Lande eine parlamentarische Vertretung und damit eine Regierung zu geben, die imstande ist, das allgemeine Wohl so gut wie möglich wahrzunehmen. Es ist selbstverständlich, daß dieses Ziel von dem einzelnen Wähler nur unter den größten und allgemeinsten Gesichtspunkten ins Auge gefaßt werden kann, zu deren Vertretung ein paar wenige Parteien ausreichen. Ebenso klar ist es, daß ein Parlament, das zwei Dutzend Parteien von einiger Bedeutung zählen würde, völlig unsinnig wäre, in einer zweimöglichen Weise zu verhandeln, geschweige denn eine arbeitsfähige Regierung zu bilden. Die Wahlbewerbung aller der Phantastenparteien, mit denen man den deutschen Wähler belästigen darf, läuft also selbst in dem für sie günstigsten Falle auf eine Unmöglichkeit heraus. In Wahrheit rechnen diese Leute von vornherein gar nicht damit, eine ansehnliche Zahl von Mandaten zu erringen, ja sie wissen unmöglich, daß sich die Eröberung eines einzigen über ihre Kräfte geht. Nicht weniger als 642 208 Stimmen sind bei den Wahlen vom 4. Mai völlig zuglos an sogenannte Parteien verteilt worden, die, wie im voraus zu wissen war, keinen einzigen Kandidaten durchzubringen vermochten. Dazu kommen noch andere Hundertausende von Wählern, die sich zur Einflusslosigkeit verurteilt, sich selber gleichsam zu Bürgern zweiten Ranges degradierten, indem sie für Parteien stimmten, bei denen es nicht einmal zur eigenen Fraktionsbildung reichte. Wird sich dieser Vorhang, der sich nur durch die politische Ahnungslosigkeit einer Anzahl von Wählern erklären läßt, diesmal in womöglich noch verstärktem Maße wiederholen? Werden so ernste Einzelfragen wie die der Aufwertung des Wohnungswesens usw. dadurch beiseite geschoben werden, daß ihre Vertretung im Reichstag einzigen belanglosen Sonderblättern anvertraut wird, während sie doch ernstlich nur im Rahmen der Gesamtinteressen behandelt werden können, die von den hauptsächlichen Parteien bearbeitet werden.

Der verflossene Reichstag, in Verwirrung und Zersplitterung gezeugt, war zu vorszeitiger Auflösung verurteilt. Die Lebze ist klar. Wenn sie Augen bringen, wenn das neue Reichsparlament brauchbarer, entschlußfähiger, tüchtiger werden soll, so ist dazu namentlich auch nötig, daß alle die Zwerg-, Splitter- und Phantastenparteien, die sich der Wählerschaft unter mehr oder weniger bestehenden Benennungen aufzudrängen suchen, gänzlich mißachtet werden.

Umerikas Ansprüche auf Reparationen Gegensätze unter den Alliierten

Paris, 27. November.

Die erste wichtige Besprechung der internationalen Sachverständigen, die sich mit der Verteilung der Erträge aus dem Dawes-Plan beschäftigte, hat gestern stattgefunden. Der amerikanische Vertreter, Oberst Logan, brachte nach einem Bericht der "Chicago Tribune" im Namen der Regierung die Ansprüche Amerikas zur Sprache. Er erklärte, diese Ansprüche seien doppelter Natur: 1. für die Kosten der Rheinlandbesetzung durch die amerikanischen Truppen, 2. die Ansprüche für persönliches Eigentum, das amerikanische Staatsbürgern durch den Krieg verloren hätten. Logan legte das Hauptgewicht darauf, daß Amerika, wenn es auch den Versailler Vertrag nicht unterzeichnet habe, doch am Kriege teilgenommen habe und infolgedessen zu Entschädigungsfordern berechtigt sei.

Frankreich und Belgien unterstützten die Ausführungen Logans. Der italienische Vertreter dagegen erklärte, er müsse, obwohl Italien grundsätzlich einerstanden sei, die Anweisungen Russlands abwarten. Der englische Vertreter enthielt sich der Meinungsausübung. Man erwartet, daß England sowohl bei den gegenwärtigen Verhandlungen wie bei der Konferenz der alliierten Finanzminister im Dezember Schwierigkeiten machen wird. Die tatsächlichen Kriegsosten Amerikas in Höhe von etwa 225 Millionen Dollar werden voransichtlich von den Delegierten anerkannt werden. Sie beruhen rechtlich auf dem Waffenstillstands-

abkommen, das Amerika gleich allen anderen Alliierten unterzeichnet hat. Dagegen fallen die Ansprüche der Privatpersonen, wie sie von der gesetzlichen Kommission festgesetzt worden sind, unter ein anderes Kapitel. Nach Ansicht Englands sind diese Ansprüche nur durch den Friedensvertrag verbürgt, den Amerika nicht unterschrieben hat. Die Alliierten hätten keine Verantwortung für das zu tragen, was Deutschland in dem Berliner Sonderschlüssel Amerika zu zahlen versprochen habe. Dagegen sieht der Dawes-Plan vor, daß alle Ansprüche, die die Alliierten machen, von den Delegierten anerkannt werden. Sie beruhen rechtlich auf dem Waffenstillstands-

Einigung über die Reparationsabgabe

London, 27. November.

Es verlautet, daß bei den Handelsvertragsverhandlungen eine Einigung auf eine Formel zu stande gekommen ist, unter der England die Beteiligung der 26 prozentigen Reparationsabgabe aufgibt, während die deutsche Regierung entsprechende Verträge in anderer Weise aufbringen wird.

* London, 27. November.

Der diplomatische Korrespondent der "Westminster Gazette" schreibt zu den deutschen Handelsvertragsverhandlungen, die Deutschen hätten das Recht Englands nicht bestreiten, die 26 prozentige Abgabe aufzulegen; sie hätten aber vorschlagen, daß ihre Einziehung durch die englischen Zollbehörden, die so viel Verzögerung und Schwierigkeit für den Handel herbeiführen, dadurch erachtet werde, daß die deutsche Regierung an Großbritannien eine Pauschalsumme beigebe. Der Generalagent für Reparationen habe erklärt, diese Summe solle an ihn bezahlt werden, und die Deutschen seien auch diesem Verfahren geneigt; denn es sei ganz unmöglich, daß der an Großbritannien nach der Reparationsabgabe bezahlte Betrag höher sein werde als der, den Großbritannien nach dem Dawes-Plan im ersten Jahre zu empfangen habe. Der Korrespondent bestreitet es als wahrscheinlich, daß der Vorschlag, der mehrere dem ungehemmten Handel Deutschlands in England gefügte Hindernisse beseitigen soll, den englischen Kaufleuten in Deutschland ähnliche Vorteile zusprechen, von beiden Ländern angenommen werden wird.

Belgien hat wenig Interesse an der Reparationsabgabe

Frankfurt a. M., 27. November.

Aus Brüssel wird gemeldet: Der "Soir" tritt den Gericht entscheiden, daß Belgien auf die Erhebung der Exportabgabe von 26 Prozent verzichtet habe. Es sei möglich, daß es im Laufe der Verhandlungen zum Bericht kommt. Gegenwärtig aber sei man noch weit von einem Übereinkommen entfernt. Soweit der Korrespondent weiß, ist über die Frage noch nicht in Berlin verhandelt worden. Belgien's Interesse an der Reparationsabgabe dürfte sehr gering sein, da sein Reparationsanteil in diesem Jahre wohl durch Sach- und Personaleinsatz gedeckt wird. Es wäre allerdings möglich, daß von den Alliierten ein Druck auf Belgien ausgeübt würde, doch es zur Einführung der Abgabe treiten sollte.

Fortgang der Pariser Wirtschaftsverhandlungen

Paris, 27. November.

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen, die ins Stößen geraten waren, sind gestern nachmittag im Handelsministerium wieder aufgenommen worden. Man hat sich in dieser Sitzung allerdings ausschließlich nur theoretisch mit dem zukünftigen Vertrag beschäftigt. Gestern begannen wieder die praktischen Be-

sprechungen, nachdem die deutschen Sachverständigen der Schuhindustrie, deren Zukunft sich verzögert hatte, nunmehr in Paris angelangt waren. Jetzt wird nichts mehr der Förderung der Verhandlungen zwischen den deutschen und französischen Delegationen im Wege stehen.

Der ehemalige Reichswirtschaftsminister vom Raum er ist als deutscher Sachverständiger für die elektrische Industrie bei den Handelsvertragsverhandlungen in Paris eingetroffen.

Gilbert vor der Reparationskommission

Paris, 27. November.

Der Generalagent für deutsche Reparationsabgaben, Gilbert, wurde heute vormittag 10.15 Uhr von der Reparationskommission aufgenommen.

Gilbert vor der Reparationskommission

Paris, 27. November.

Gilbert wird am Freitag der Reparationskommission in ihrer Tagung über seine Tätigkeit in Großbritannien eine Pauschalsumme beigegeben. Der Generalagent für Reparationen habe erklärt, die Summe solle an ihn bezahlt werden, und die Deutschen seien auch diesem Verfahren geneigt; denn es sei ganz unmöglich, daß der an Großbritannien nach der Reparationsabgabe bezahlte Betrag höher sein werde als der, den Großbritannien nach dem Dawes-Plan im ersten Jahre zu empfangen habe. Der Korrespondent bestreitet es als wahrscheinlich, daß der Vorschlag, der mehrere dem ungehemmten Handel Deutschlands in England gefügte Hindernisse beseitigen soll, den englischen Kaufleuten in Deutschland ähnliche Vorteile zusprechen, von beiden Ländern angenommen werden wird.

* Paris, 27. November.

Die Pariser deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen dürften zunächst ein rechtlich richtiges Stadium durchzumachen haben. Allerdings darf man trocken auf ein gänzliches Ergebnis rechnen, da ja auch Frankreich an einer Verständigung im Interesse seiner Eisen- und Stahlindustrie viel zu sehr interessiert ist, als daß es ein Scheiteren der Verhandlungen zulassen könnte. Die gleichzeitig in Paris tagende Konferenz der internationalen Finanzvorstände zur Verteilung der aus dem Dawes-Plan aufkommenden Zahlungen dürfte übrigens nach bisheriger Aussicht, obwohl ihr Thema theoretisch mit den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen nichts zu tun hat, zur Verbesserung der Position der deutschen Unterhändler leitungsweise beitragen. Oben ist die Anmeldung der Ansprüche, die nun auch Amerika an die Erträgnisse des Dawes-Plans stellt, durchaus nicht gering, jene deutsch-französischen Schwierigkeiten zu mildern.

Dagegen nehmen die Verhandlungen in London einen befriedigenden Verlauf. Die Hauptschwierigkeit, die Befestigung der Reparationsabgabe, dürfte sich durch irgend einen Kompromiß sicherlich leicht lösen.

Chenoa nehmne die Verhandlungen mit Belgien, die teils hier, teils in Brüssel geführt werden, einen vielversprechenden Verlauf.

Die letzten Ruhrgefangenen freigelassen

Offen, 27. November.

Auf Grund des Londoner Abkommens, sind am 21. November die letzten acht politischen Gefangenen aus dem bislang französischen Gefängnis entlassen worden.

Die Handelsvertragsverhandlungen

Die Klippe in den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen ist umschifft. Die französischen Delegierten haben dem deutschen Standpunkt zur Regelung des sogenannten elässischen Kontingentes zugestimmt. Die Lösung dieser überaus schwierigen Frage, die auch das Verhältnis Deutschlands zu England stark in Missidenheit zog, ist ein Dienst der deutschen Industrie. In den letzten Tagen hat sie wiederholt darauf hingewiesen, daß das elässische Kontingent ja auch Waren enthalte, deren Einfuhr für die deutsche Wirtschaft unerträglich sei. Damit war der Weg zu einer friedlichen Verständigung gefunden. Dem unstrittig können der elässischen Textilindustrie, soweit solche Waren in Frage kommen, weitgehende Konzessionen gemacht werden, ohne der deutschen Wirtschaft zu schaden und ohne Englands Widerstand herauszufordern. Es handelt sich für die deutsche Delegation also nur mehr darum, durchzuwischen, daß über das elässische Kontingent nicht in Baum und Bogen, sondern bei jeder Verengung einzeln verhandelt werden, welche besondere Regelung für Elsass-Lothringen möglich sei. Damit sind noch nicht alle Schwierigkeiten von vornherein behoben. Es ist jedoch selbstverständlich, daß Einzelverhandlungen unvergleichlich leichter zu führen sind als eine Verhandlung an sich, bei der beide Parteien auf ihrem gegenseitigen Standpunkt verharren müssen und ein Ausgleich schlechthin unmöglich ist. Indem die französische Delegation dem deutschen Verlangen zustimmt, beweist sie, daß es durchaus darum zu tun sei, mit Deutschland zu einer Einigung zu kommen, die beide Teile befriedigt. Die glücklich gefundene Lösung zeigt aber auch, daß keine Freude so schwierig ist, daß sie guten Willen und ernsthaftes Streben widerstehen könnte.

Eine Schwierigkeit bildet aber noch immer die 26 prozentige Reparationsabgabe, die England und Frankreich auf die Einfuhr aus Deutschland erheben. Die Er schwerung, die die deutsche Wirtschaft durch sie erleidet, und die Verbitterung über die nach deutscher Auffassung durchaus unberichtigte und ausführlich feindselige Maßnahme ist so groß, daß die deutschen Handelsvertragsdelegationen nicht hielten können, ohne ihre Befestigung erreicht zu haben. Rigt doch neuverdings der Verband der französischen Industriellen an, zu Repressalien zu greifen und die Einfuhr aus den Ländern, die eine 26 prozentige Abgabe auf die Einfuhr aus Deutschland erheben, gleichfalls mit einer 26 prozentigen Einfuhrzölle zu belasten. Das heißt aber: Handelskrieg und gerade ein solcher soll durch die Verhandlungen in London und Paris vermieden werden. Eine Einigung ist bei der Reparationsabgabe natürlich viel schwerer zu finden als beim elässischen Kontingent. Nach den letzten Meldungen aus London scheint sich jedoch auch hier eine Verständigung anzubahnen, die dem deutschen Standpunkt Rechnung trägt, ohne die rechtsstehenden Kreise des eigenen Landes gewaltsam zum Widerstand herauszufordern. Das ist es, worauf es nicht nur in England, sondern in allen Ländern Europas kommt. Der Hof der Nationalen muß durch eine verständigungsbereite Demokratie abgebaut werden. Nur auf diesem Wege kommen wir zu brauchbaren Handelsverträgen und darüber hinaus zum Wohlstand der Nationen.

Der Reichshaushalt für 1925

Berlin, 27. November.

Gegenüber den Meldungen von Morgentätern, daß der Reichshaushaltsentwurf für 1925 mit einem Haushalt von über 2½ Milliarden Reichsmark abschließe, wird festgestellt, daß es hier nur um den Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung handelt, während die übrigen Teile des Haushaltplanes, die in den Haupthaushalte Ausgaben der einzelnen Reichsverwaltungsweisen vorstellen, unberücksichtigt geblieben sind. Berücksichtigt man diese Ausgaben, so ergibt sich, daß der Entwurf für 1925 sich im öffentlichen Haushalt in Einnahmen zwar ausgleicht, im außerordentlichen Haushalt dagegen ein Defizit aufweist. Der Haushaltbetrag von 300 Millionen Mark für Mehrauswendungen an Bevölkerungsausgaben stellt den Bedarf dar für die beabsichtigte Bevölkerungssteigerung und für die Erhöhung des Wohnungsgeldaufschlusses einschließlich der Rückstellungen auf Pensionäre. Kriegsbeschädigte u. m. Reisetzen für eine künftige normale Bevölkerungssteigerung sind darin nicht enthalten.